



Ein gemeinsames Projekt von  
**Willisauer Bote/Seetaler Bote**  
**Surseer Woche**  
**Entlebucher Anzeiger**

# Ein Jahr in Bern – die Räte ziehen Bilanz

**BILANZ (I)** Ein Jahr ist für die neun Luzerner Nationalräte und die beiden Ständeräte im Rahmen der Legislatur 2019/2023 vorbei. Sie stand vor allem im Zeichen von Corona – aber nicht nur. Was war das Highlight, was hat sie geärgert, wo sehen sie die Berührungspunkte zum Kanton Luzern? Der SB hat mit ihnen eine Bilanz gezogen.

Wir haben den neun Nationalratsmitgliedern aus dem Kanton Luzern jeweils die folgenden fünf Fragen gestellt:

1. Welches war Ihr persönliches Highlight – welcher Moment hat Sie geärgert?

2. Welches Geschäft hat Sie am meisten

interessiert, wo haben Sie die grössten Spuren hinterlassen?

3. Mit welchen Parteien und Parlamentariern arbeiteten Sie speziell viel zusammen?

4. Wo haben Sie sich im Corona-Jahr konkret für den Kanton Luzern eingesetzt?

5. Welche Schwerpunkte haben Sie sich bis 2023 gesetzt?

Im ersten Teil antworten Prisca Birrer-Heimo (SP), Roland Fischer (GLP), Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP), Franz Grüter (SVP) und Peter Schilliger (FDP). Yvette Estermann (SVP), Leo Müller (CVP), Michael Töngi (Grüne), und Priska Wismer-Felder (CVP) folgen nächste Woche.

Dazu kommen Interviews mit den Ständeratsmitgliedern Damian Müller (heute) und Andrea Gmür-Schönenberger (nächste Woche).

Ernesto Piazza



Die Kuppel des Bundeshauses in Bern. Foto parlamentsdienste 3003 bern

## Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin SP



1. Ich habe mich gefreut, dass der Nationalrat in der Frühlingssession einen griffigen Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative, die ich als Konsumentenschutz-Präsidentin mit lanciert habe, deutlich angenommen hat. Verärgert war ich über die zu lange und zu weit gehende Ausschaltung des Parlaments in der Coronakrise im Frühling. Das

Parlament muss während einer Pandemie ebenfalls handlungsfähig bleiben, wenn auch mit veränderten Bedingungen.

2. Wie erwähnt: Ich engagierte mich stark für die Fair-Preis-Initiative, aktuell im Hinblick auf die Debatte im Ständerat. Mein Einsatz für ein faires Versicherungsvertragsgesetz, das die Rechte und Interessen der Versicherten besser schützt, war ebenso intensiv. Da konnten wir im Parlament ein paar Erfolge erzielen, aber es gibt im-

mer noch Handlungsbedarf. Zudem habe ich das CO<sub>2</sub>-Gesetz intensiv verfolgt.

3. Ich arbeite mit Parlamentsmitgliedern aus allen Parteien zusammen, je nach Thema gibt es unterschiedliche Allianzen. In vielen Bereichen steht die Zusammenarbeit mit den Grünen im Vordergrund. Aber auch mit den Grünliberalen und der Mitte gibt es Koalitionen. Mit der FDP kommt es in gesellschaftspolitischen Fragen auch zu Allianzen.

4. In der WAK und im Parlament habe ich mich stets für die Ausweitung der Kurzarbeit, für den Erwerbssersatz für Selbstständige, für gute Bedingungen bei den Solidarbürgschaften, für die Unterstützung von Kultur und Sport und des Gesundheitswesens eingesetzt. Davon profitieren auch Arbeitnehmende, KMU und Institutionen im Kanton Luzern. In der Wintersession werde ich mich erneut für einen Geschäftsmieten-erlass engagieren.

5. Mein Engagement für einen nachhal-

tigen Finanzmarkt, der eine wichtige Rolle bei der Lenkung der Finanzflüsse zu einer nachhaltigen Klimapolitik spielt, führe ich weiter. Den Abbau von Steuersubstrat, wie beispielsweise mit der Abschaffung der Stempelsteuer geplant, bekämpfe ich dezidiert. Ebenso gehören sichere Renten und die Vertretung der Rechte und Interessen der Konsumentinnen zu den Schwerpunkten.

Prisca Birrer-Heimo ist Mitglied der Wirtschafts- und Abgabenkommission WAK und Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission GPK.

## Roland Fischer, Nationalrat GLP



1. Am meisten gefreut hat mich das deutliche «Ja» zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Am meisten geärgert habe ich mich über die Differenzbereinigung zwischen National- und Ständerat bei der Konzernverantwortungsinitiative. Der Ständerat stellte sich stur, weshalb seine unwirksame Version des Gegenvorschlags obsiegte, was ein Rückzug

der Initiative verunmöglichte. Umso stärker setze ich mich deshalb für die Initiative ein.

2. Als Finanzpolitiker und Wirtschaftswissenschaftler waren für mich die finanziellen Unterstützungsmassnahmen des Bundes für die Wirtschaft in der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Bundesfinanzen von besonderem Interesse. Für mich persönlich waren diese Beratungen ein gutes Beispiel, wie im Milizparlament wissenschaftliche Erkenntnisse in die

Lösungsfindung eingebracht werden können.

3. Am nächsten ist die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen in den beiden Kommissionen und in der grünliberalen Fraktion. In der Fraktion geht es darum, eine gemeinsame Position zu finden und diese im Rat und in den Kommissionen zu vertreten. In den Kommissionen selbst steht vor allem die Erarbeitung von mehrheitsfähigen Lösungen im Vordergrund, was einen intensiven Austausch erfordert.

4. Im Kanton Luzern steht vor allem der Tourismus vor grossen Herausforderungen. Die Auslastung vieler Hotel- und Restaurationsbetriebe ist zu tief, um die teils hohen Fixkosten zu decken. Deshalb befürworte ich weitere finanzielle Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle. Auch versuche ich stets bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament das Bewusstsein für diese Problematik zu schärfen.

5. In der Finanzpolitik lege ich einen Schwerpunkt auf die Revision des

Finanzhaushaltsgesetzes. Dort geht es darum, die Rechnungslegung des Bundes und die Schuldenbremse zu optimieren. Ein weiteres zentrales Anliegen ist für mich die Verbesserung der Nachhaltigkeit der Finanzmärkte. In der Aussenpolitik werde ich mich unter anderem für die rasche Genehmigung des Rahmenabkommens einsetzen.

Roland Fischer ist Vizepräsident der Finanzkommission FK und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission APK.

## Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin CVP



1. Als Präsidentin der SiK setzte ich mich im Frühjahr dafür ein, dass die Kommission tagen konnte. Ich begründete dies mit dem ausserordentlichen Einsatz der Armee – und nach einigen Diskussionen konnten wir über unsere Geschäfte befinden. Geärgert hat mich, als unsere Kommission das Geschäft Schengen Informations-

system mit 20:0-Stimmen und drei Enthaltungen fertig beraten hatte und der Rat dann dies mit vielen Nein-Stimmen und Enthaltungen ablehnte.

2. Die Gesetze «Terrorismus und organisierte Kriminalität» und «Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» habe ich zum Teil mit Vorstössen, welche ich schon früher eingereicht hatte, mitgeprägt. Diese konnte ich in der SiK beraten und es freut mich, dass man die Si-

cherheitslage der Schweiz mit diesen Gesetzen verbessern will.

3. Ich war immer schon offen mit allen Parteien zusammenzuarbeiten. Wenn wir unsere Geschäfte erfolgreich abschliessen wollen, braucht es oft einen Konsens, der über alle Parteien greifen muss. Wichtig finde ich stets, dass man bereit ist, mit allen zu diskutieren und ihre Meinung zu hören. Wobei man aber diese nicht immer teilen muss.

4. Ich habe das Covid-Gesetz unter-

stützt, denn es war für mich sehr wichtig, dass wir schnell und unbürokratische Hilfe anbieten konnten. Aus diesem Grunde befürworte ich auch die Massnahmen für Härtefälle. Die Briefe, zum Beispiel von Schaustellern, die mich aus dem Kanton Luzern erreicht haben, habe ich sehr ernst genommen und versucht, dort gezielt auch die Fragen in den Diskussionen einzubringen und nach Lösungen zu suchen.

5. Vorerst werde ich noch die Sicherheitspolitische Kommission präsidie-

ren. Dort habe ich mir einige Themen vorgenommen, die ich traktandieren will; zum Beispiel Armee der Zukunft oder Frauen in der Armee. Dann werden die Kampffjets erneut ein Traktandum werden. Da setze ich mich ein, dass die Vorlage des Bundesrats umgesetzt werden kann. Zudem werden uns viele andere Herausforderungen wie eine AHV- oder BVG-Reform weiter beschäftigen.

Ida Glanzmann-Hunkeler ist Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission SiK.



## Franz Grüter, Nationalrat SVP



1. Mit dem Notrecht und mit dem Beginn des nationalen Lockdowns hat sich meine Arbeit sehr verändert. Seit Mitte März erhielt ich über 1250 Zuschriften, vor allem von Unternehmen. Ich gab ihre Inputs an die Bundesräte weiter, teilweise flossen ihre Anliegen in Massnahmen des Bundes ein. Vieles wurde in der Startphase der Krise gut gemacht. Ausser, dass man am Anfang

zu zögerlich reagierte, die Grenzen zu spät schloss und auch zu wenig Schutzmaterial hatte. Geärgert hat mich zu diesem Zeitpunkt die viel zu teure Beschaffung dieses Materials.

2. Wir haben im Parlament die sehr weitreichenden Covid-Notgesetze verabschiedet. Dabei kamen auch Schwierigkeiten zu Tage. Demokratische Rechte können in diesen Zeiten nur schwer ausgeübt werden, insbesondere, was das Sammeln von Unterschriften für Referenden angeht. Hier hat mich sehr gefreut, dass das Parlament mei-

nem Einzelantrag gefolgt ist und nun die vollen 90 Tage für Unterschriftensammlungen genutzt werden können.

3. Durch die Covid-Krise haben digitale Themen einen viel grösseren Stellenwert erhalten. Themen, wie virtuelles Arbeiten oder eine gute und leistungsfähige Dateninfrastruktur bekamen plötzlich eine andere Bedeutung. Hier habe ich sehr eng mit verschiedenen Parlamentariern aus diversen Parteien wie Marcel Tobler (FDP), Judith Bellai- che (GLP) oder Edith Graf-Litscher (SP) zusammengearbeitet.

4. Ich habe mich für viele Gewerbebetriebe sehr engagiert, die sich bei mir meldeten. Konkret fällt mir eine grosse Gärtnerei aus dem Seetal ein, welche sich mit mir in Verbindung setzte. Ihre Anliegen habe ich dann direkt beim Volkswirtschaftsdepartement reingekippt. Aber auch Industriebetriebe aus dem Kanton Luzern, die Angst vor einer Schliessung hatten, habe ich aktiv unterstützt.

5. Das wichtigste Geschäft, das wir in der Aussenpolitischen Kommission bearbeiten, ist die Verhandlung mit

der EU über das Rahmenabkommen. Eine Annahme hätte zur Folge, dass die Schweiz ihre Eigenständigkeit verlieren würde und automatisch, dynamisch in wichtigen Bereichen unseres Lebens EU-Recht übernehmen müsste. Das würde das Erfolgsmodell der Schweiz gefährden. Es wird in der APK eines meiner Hauptziele und Aufgabe sein, mich dafür einzusetzen, dass wir diesen für die Schweiz unakzeptablen Vertrag verhindern können.

Franz Grüter ist Vizepräsident Aussenpolitischen Kommission APK (nächstes Jahr Übernahme des Präsidiums).

## Peter Schilliger, Nationalrat FDP



1. Die traurige Nachricht über den Tod meines ehemaligen Nationalratskollegen Albert Vitali führte mich im September zurück ins Bundeshaus. Obwohl ich den Ratsbetrieb bestens kannte, war meine erneute Vereidigung doch ein emotionaler Akt. Und dass am ersten Tag auch eine von mir im Jahr 2017 eingereichte Parlamentarische Initiative beraten und

zur Weiterbearbeitung überwiesen wurde, war schon sehr speziell.

2. Die erwähnte Parlamentarische Initiative will gleich lange Spiesse im Wettbewerb zwischen staatlich beherrschten Firmen (wie BKW) und der privaten Marktwirtschaft. Nicht bestritten wird, dass «staatliche» Unternehmen notwendig sind. Wenn diese jedoch ihre Markt- und Wissensvorteile im Bereich des freien Marktes einsetzen, sind einseitige Wettbewerbsvorteile vorhanden. Diese müssen geregelt werden.

3. Nebst Kontakten innerhalb der FDP pflege ich den Austausch mit bürgerlichen Kollegen. Gemeinsame Interessen führen dazu, speziell bei Anliegen aus dem Umfeld der KMU-Wirtschaft. So ist es sehr wertvoll, dass Gremien wie die Gewerbegruppe parteiübergreifend organisiert sind. Gerne erwähne ich auch die Kontakte zu Mitgliedern des Ständerates, denn jedes Geschäft muss immer beide Kammern überstehen.

4. Die Kantone können mit dem Covid-19-Gesetz im Härtefall Gelder an

die Wirtschaft verteilen. Der Bund finanziert die Beschlüsse der Kantone mit 50 Prozent. Mit dem Gesetz entsteht jedoch erst die Wirkung einer Verpflichtung. Dank der Budgeterweiterung durch die Finanzkommission kann das Geld bereits ab Anfang 2021 auch ausbezahlt werden. Das ist eine kleine, aber für die sofortige Wirkung entscheidende Anpassung.

5. Mit meinem Einsitz will ich die Arbeiten in der Finanzkommission mitprägen. Zudem werde ich mich wei-

terhin für gewerbliche Anliegen aktiv einbringen. Dies beinhaltet zum Beispiel Fragen der Wettbewerbsfreiheit, von Abgaben oder der Abbau von Bürokratie. Als Präsident der TCS-Sektion Waldstätte engagiere ich mich für die Weiterentwicklung der Mobilität. Dazu gehören Infrastrukturbauten und die Sicherstellung deren Finanzierung.

Peter Schilliger ist Mitglied der Finanzkommission FK (in der vergangenen Legislatur Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK).

## Damian Müller, Ständerat FDP

Welches war Ihr persönliches Highlight?



Mein Highlight war eindeutig, als am 25. September National- und Ständerat mit klaren Mehrheiten dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz zugestimmt haben. Die Genugtuung war deshalb so gross, weil zuerst die Partei und dann der Rat auf eine neue, klimasensible Linie gebracht werden mussten. Damit gelang es den peniblen Entscheid des Nationalrates von 2018 zu korrigieren.

Sie werden auch als «Vater des CO<sub>2</sub>-Gesetzes» bezeichnet. Dagegen dürfte das Referendum ergriffen werden. Haben Sie Bedenken, dass das Volk das Gesetz kippt?

Natürlich sind nicht alle glücklich mit diesem Gesetz. Dass es aber von beiden

Rändern bekämpft wird, sagt mir, dass wir im Grossen und Ganzen richtig liegen. Deshalb schaue ich zuversichtlich auf eine allfällige Volksabstimmung. Denn alle profitieren vom neuen Gesetz: Das Gewerbe mit Aufträgen der neuen Technologie-Generation, die Hauseigentümer vom Klimafonds, wenn sie ihre Heizungen ersetzen müssen, und wer wenig fliegt, wird belohnt.

Welche Geschäfte - neben dem CO<sub>2</sub>-Gesetz - waren Ihnen noch besonders wichtig?

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit liegt auf der Frage, wie gelingt es uns, die Selbstbestimmung der Menschen bis ins hohe Alter zu gewährleisten und damit finanziell abzusichern. Deshalb beschäftigen mich die langfristigen Auswirkungen der Coronakrise sehr. Das verlangt aber auch, kurzfristig die richtigen Massnahmen zu treffen, um die Wirtschaft zu stützen. Und als Präsident der aussenpolitischen Kommis-

sion gibt es vor allem hinter den Kulissen viel zu tun.

Wo haben Sie sich im Corona-Jahr konkret für den Kanton Luzern eingesetzt?

Wenn ich mich für ein stabiles Verhältnis zu Europa einsetze, ist das auch im Sinne unseres Kantons. Denn unsere Unternehmen brauchen ebenfalls einen möglichst ungehinderten Zugang zum europäischen Markt. Und zwar nicht nur die «Grossen», sondern auch die KMU als Zulieferer für die Grossen. Und wenn ich mich für wirksame Stützmassnahmen im Zusammenhang mit der Coronakrise starkmache, tue ich das mit Blick auf die Menschen und Unternehmen in unserem Kanton. Es geht um nichts weniger als um die Existenzsicherung!

Welche weiteren Geschäfte sind für Sie mit Blick auf den eigenen Kanton wichtig?

Ich nenne zwei Geschäfte, die in der Wintersession zur Debatte stehen und direkte Auswirkungen auf unseren Kanton haben. Erstens der Ausbau des Datennetzes und damit die digitale Zukunft der ländlichen Regionen. Und zweitens wird über die Landwirtschaftspolitik der nächsten vier Jahre beschlossen. Die ist für uns von zentraler Bedeutung, ist der Kanton doch der drittgrösste Landwirtschaftskanton des Landes.

Wo liegen Ihre weiteren Schwerpunkte dieser Legislatur?

Ich verfolge zwei Schwerpunkte in meiner Arbeit. Inhaltlich will ich dazu beitragen, dass wir in unserem Land weiterhin in Wohlstand leben können. Das Leben nach Corona wird nicht mehr das gleiche sein wie vorher, aber für uns als exportorientiertes Land wird es auch morgen wichtig sein, gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern zu haben. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch bildungsmässig und kulturell. Aber

noch etwas anderes beschäftigt mich sehr: der politische Stil. Bei uns darf es bei allen inhaltlichen Differenzen nicht so weit kommen, dass aus Gegnern Feinde werden.

Einleitend habe ich gefragt, welches Ihr Highlight war. Zum Schluss nun noch die Frage: Welcher Moment hat Sie geärgert?

Es ist die Art und Weise, wie die Diskussionen rund um Corona geführt werden. Für niemanden ist es einfach, in dieser Krise die richtigen Entscheide zu treffen. Allerdings dürfte man den Institutionen, den Bundes- und Kantonsbehörden, aber auch der Wissenschaft zugestehen, dass sie im besten Wissen und in grösster Sorgfalt handeln. Niemand will unsere Welt kaputt machen, niemand will die Demokratie zerstören, wie das meist unterschwellig, oft aber auch ganz offen behauptet wird. Solche Haltungen zersetzen unsere Demokratie. Das ärgert mich. Interview: Ernesto Piazza



Sondersession im Mai in der Messe Bern statt im Bundeshaus: Die Luzerner Ständeratsmitglieder Andrea Gmür-Schönenberger und Damian Müller. Foto Karl-Heinz Hug/www.hugphotos.com

## Programm der Wintersession

Vom 30. November bis 18. Dezember findet die Wintersession der eidgenössischen Räte statt. Eine Übersicht über die wichtigsten Traktanden.

### Nationalrat

> Wahl des Präsidiums

> Covid-19: Geschäftsmietegesetz

> Staatsrechnung 2019 – Voranschlag 2020 – Voranschlag 2021

> Massnahmenpaket zugunsten der Medien

> Bundesrat: Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten für 2021

> Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)

> Wahl Bundesanwalt – Bundesgericht – Bundesverwaltungsgericht

> Private Reisebusbranche in der Existenzkrise. Dringend notwendige Härtefallregelung

> Milderung der wirtschaftlichen

Folgen der Covid-19-Epidemie für Unternehmen im Eventbereich

### Ständerat

> Wahl des Präsidiums

> Covid-19: Geschäftsmietegesetz

> Staatsrechnung 2019 – Voranschlag 2020 – Voranschlag 2021

> Massnahmenpaket zugunsten der Medien

> Wahre Kosten von Lärmschutzmassnahmen (Motion Grüter)

> Erhöhung der Internet-Mindestgeschwindigkeit in der Grundversorgung auf 80 Megabit pro Sekunde (Motion 20.3915) – SR ist Zweitrat – NR hat die Motion am 10. September 2020 angenommen

> Bundesrat: Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten für 2021

> Agrarpolitik ab 2022

> Wahl Bundesanwalt – Bundesgericht – Bundesverwaltungsgericht